

Protokolleintrag vom 25.01.2012

2012/24

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 25.01.2012: Erlass einer Prostitutionsgewerbeverordnung

Namens der Grüne-Fraktion verliest Kathy Steiner (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Die Richtung stimmt

Im letzten Jahr ist das Sihlquai neben Bahnhof- und Langstrasse dank der fast täglichen Präsenz in den Medien wohl zur bekanntesten Zürcher Strasse geworden. Je mehr über die negativen Auswüchse rund um die Sexmeile geschrieben wurde, desto stärker stiegen deren Bekanntheit und folglich auch der Freierverkehr. Wir in Zürich haben einmal mehr die negativen Nebenwirkungen der städtischen Attraktivität zu spüren bekommen.

Deshalb befürworten die Grünen den Erlass einer Prostitutionsgewerbeverordnung. Mit einer solchen Gewerbeverordnung wird unmissverständlich klargestellt, dass es sich bei der Ausübung der Prostitution um eine legale Dienstleistung handelt.

Diese neue Gewerbeverordnung erlaubt es, die negativen Begleiterscheinungen der Prostitution – besonders des Strassenstrichs auf das umliegende Quartier – einzudämmen. Für uns Grüne ist aber neben dem Schutz der AnwohnerInnen mindestens genau so wichtig, dass die Sexarbeiterinnen besser vor Ausbeutung und Gewalt geschützt werden. So ist es für deren besseren Schutz ganz wesentlich, dass die Ausstellung der Bewilligungen an den Nachweis für eine Krankenversicherung und an die Volljährigkeit gebunden ist. Auch die geplante Fachkommission unterstützen wir sehr. Eine enge Zusammenarbeit der Behörden mit Fachorganisationen, die aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung in der aufsuchenden Sozialarbeit wertvolle Kontakte haben und wichtige Inputs bringen können, scheint uns sehr wichtig.

Jede neue Verordnung bringt es jedoch mit sich, dass bald einmal Schlupflöcher zur Umgehung von unbeliebten Auflagen gesucht werden. So birgt z.B. die Einführung von neuen Gebühren die Gefahr in sich, dass sich ein Teil der Frauen in die Illegalität begibt. Das darf auf keinen Fall passieren, denn gerade illegal arbeitende Prostituierte sind ganz besonders der Gefahr von Gewalt und Ausbeutung ausgesetzt. Deshalb fordern wir in einem Begleitpostulat einen Bericht in zwei Jahren, der die weitere Entwicklung des Prostitutionsgewerbes und die Wirksamkeit der geplanten Massnahmen aufzeigt. Je nach Resultat, werden wir Anpassungen der Verordnung oder des Strichplans verlangen.

Das oberste Ziel der Grünen bei diesem Thema bleibt jedoch, dass der globale Menschenhandel gestoppt werden kann. Es sind zwar Opferschutzbestrebungen im Gange, aber zum konsequenten Vorgehen gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel gehören Zeugenschutzprogramme für die Opfer, die den Mut aufbringen, gegen Menschenhändler oder Zuhälter auszusagen.